

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,20 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 22.

Berlin, den 2. Juni 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Frühjahrsagitiation!

Inhaltsverzeichnis.

Gelbe Gewerkschaften. — Ein Urteil über Streikbruch.
Aussprache der Aufsicht durch die Unternehmer. —
Wirtschaft. — Ein Zwischenfall. Ueber den Wert der Arbeitgeber-
Organisationen. Einen Krat als Gewerkschaftler. — Wirtschaft-
bewegung. — Der „Bund vaterländischer Arbeiter-
vereine“. — Verbandsnachrichten: Ödn. Wengern. Ober-
Metmann. Neudorfhausen. — Bauunfall. — Brief-
kasten. — Bekanntmachungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Gelbe Gewerkschaften.

Die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung in
mehrere Gewerkschaftsorganisationen beeinträchtigt nicht allein
den Aktionskraft derselben, sondern sie schwächt sie auch gegen-
über den von ihnen bekämpften Verhältnissen. Woran es
liegt, daß diese Zersplitterung in Deutschland eintreten konnte
gegenüber England, wo sich die Arbeiterbewegung, wenig-
stens in weniger zentralisierten Verbänden, so doch auf einheit-
licher gewerkschaftlicher Basis vollzog, braucht angesichts der
fortschreitenden Entwicklung wohl nicht näher mehr ausgeführt zu
werden. Die enge Verbindung zwischen sozialdemokratischer
Arbeit und den „freien“ Gewerkschaften, die beide einmündig sozia-
listisch-moralische Weltanschauung zwang die nichtsozia-
listischen Arbeiter, die gewerkschaftlichen Drang in sich fühlten,
zur Gründung wirklich neutraler Gewerkschaften ohne politische
Abhängigkeiten, als welche heute die christlich-nationalen Ge-
werkschaftsorganisationen im Gegensatz zu den „freien“ sozia-
listischen als historische Tatsache dastehen.

Es nun die Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewe-
gung an der in erster Linie die „freien“ Gewerkschaften infolge
sozialistischer Nebencharaktere spaltend sind, wie gesagt,
bedauerliche Erscheinung, so hat man auf der anderen
Seite — so machtvoll die Gewerkschaftsbewegung in Deutsch-
land und dastehet — damit zu rechnen, daß weite Kreise der
deutschen Unternehmerschaft dieselbe noch nicht als die be-
hüllte Interessenvertretung der deutschen Arbeiter ansehen.
Daß die deutsche Industrie noch so stolz sein auf eine gewisse
Unabhängigkeit mit der englischen Industrie, jener freie Blick
auf das gesunde Urteil gerade hinsichtlich der Organisationsbe-
ziehungen der Arbeiter, Eigenschaften, die der englischen In-
dustrie eigen sind und sie groß gemacht haben, die fehlen noch so
oft einem großen Teile der deutschen Unternehmerschaft. Dort
Anerkennung der Gewerkschaften als selbstverständliche und not-
wendige Interessenvertretung der Arbeiter, hier noch vielfach
einer Kampf gegen die Idee an sich, Mißtrauen und nur ver-
ständnislos spärliches Versehen! Die deutschen Gewerkschafts-
organisationen gleichviel welcher Richtung sind aus der Periode
des Kampfes um die Anerkennung als berechtigte Interessen-
vertretung, als gleichwertiger Kontrahent beim Abschluß des
Arbeitsvertrages, also noch lange nicht heraus. Die deutschen
Arbeitgeber organisieren sich teilweise noch in erster Linie unter
dem Gesichtspunkte des Niederhaltens der Gewerkschaften statt
unter dem Gesichtspunkte des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiter und
Arbeitgeber. Speziell die deutschen Großindustriellen mit per-
sönlichem Interesse an der Gewerkschaftsbewegung, die in ihrem Ein-
sitz liegen können, statt über Mittel und Wege, sich mit
den unabhängigen und zu einem dauernden vertraglichen
Verhältnis nicht zuletzt auch im Interesse der Industrie zu ge-
hen.

Aus den vorgezeichneten Gründen ist also die deutsche Ge-
werkschaftsbewegung noch lange nicht innerlich so konsolidiert,
daß vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkte zu wünschen
ist. Insbesondere wird, so lange zwei Weltanschauungen die
deutsche Gesellschaft in zwei Heereslager scheiden, an eine
Einigung der gewerkschaftlichen Organisationen kaum zu
denken sein. Diese vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkte
sagenwerte Tatsache noch zu veranschaulichen, sehen neuer-
lings Tendenzen ein, die sich in der Gründung sogenannter
Gewerkschaften nach französischem Muster dokumentieren.
Es sich näher über diese französischen Gebilde unterrichten
möge die bezügliche Artikel im „Zentralblatt“ der chris-
tlichen Gewerkschaften, 1906, Nr. 21 ff. nachlesen. Genau, es
bezieht sich hier bei uns darum, Organisationen breiteren Rau-
mens, die gewerkschaftlich weder Fisch noch Fleisch
die hauptsächlich von den Arbeitgebern gegründet werden,
sondern die Arbeiter von dem Ansich, an die echten gewerkschaft-
lichen Organisationen abzugeben. Demgemäß wird der
entweder grundsätzlich abgelehnt oder wenigstens nicht
gleich behandelt; umso mehr wird Wert gelegt auf die Ver-
bindung der Vereine mit Unterstützungsvereinen und
anderen Maßnahmen, die den Arbeiter erkennen lassen sollen,
er als Mitglied eines solchen Fabrik- oder Werkvereins,
die neuesten Unterstützungs- und Vergütungsgewerkschaften
nennen, recht wohl auf das eigentliche Qualitätsrecht ver-
lassen kann. Unter derselben Flagge wie diese Werk- und
Fabrikvereine steht die neuerdings vom Reichsverband zur
Gründung der Sozialdemokratie gegründeten sogenannten
Arbeitervereine. Die christlich-nationalen Gewerkschaften
sind diesem internationalen Verbande neuerdings
mehr national genug. Deshalb gründet er unter dem
Slogan der Sozialdemokratie und deren Organe
sich genannten reichsweiten Arbeitervereine, deren Charakter
man heute u. a. auch an die Versuche der Gründung eines
nationalen Bergarbeiterverbandes im Ruhrrevier — durch die
Arbeitervereine, der sozialdemokratischen und sozial-

ständigen Leute vom Reichsverband zur Bekämpfung der
Sozialdemokratie, hinreichend gekennzeichnet ist.

Von selten der wirklich gewerkschaftlich organisierten Arbeiter
kriegt man es wohl, die eben gezeichneten gelben Gewerkschaften
als eine Sumpfpflanze auf dem Felde der deutschen Arbeiter-
bewegung zu bezeichnen. Mag dieser Ausdruck etwas stark sein,
jedemfalls sind sie ein Unkraut, das je eher je besser ausgerottet
wird. Niemand wird etwas dagegen haben, — vielmehr es
begünstigen — wenn wohlwollende Arbeitgeber durch Wohlfahrts-
einrichtungen, gefällige Vergütungen etc. den Arbeitern zu Hilfe
zu kommen, ein persönliches Band zwischen sich zu knüpfen
versuchen. Sobald aber solche Bestrebungen darauf spekulieren,
die Güntigkeit oder die Unerschöpflichkeit des Arbeiters aus-
zunutzen und ihn benutzt um sein Koalitionsrecht zu bringen,
oder ihn gar dazu zu erziehen, seinen Kollegen bei berechtigten
Bestrebungen in den Rücken zu fallen, so sind sie nach jeder
Richtung hin zu verwerfen und zu bekämpfen.

Der soziale Friede wird in Deutschland in Zukunft in
nicht geringem Maße davon abhängen, wie weit allein die
Stärke sowohl der Organisationen der Arbeiter als diejenige
der Arbeitgeber beide Teile zur gegenseitigen Achtung und Ver-
ständigung zwingen wird. Wer auf dem volkswirtschaftlich wohl
gegründeten Standpunkte steht, daß auch bei uns einmal die
Zeit des Kampfes zwischen den beiderseitigen Organisations-
gruppen durch eine Periode sozialen Vertragens abgelöst wird, wird
zu diesem Zweck ebenso sehr eine Verstärkung der Arbeiterorgani-
sation wünschen, wie eine solche der Arbeitgeberorganisationen.
Wie im Interesse der Einigkeit die letzteren jedoch jede unberech-
tigte Souveränität in ihren Reihen verurteilen, so können
eherer auch — wenn man ihnen mit Vereinsgebilden
vom Leibe bleibt, die volkswirtschaftlich ein Konsens und nur
geringfügig sind, die im Interesse des sozialen Ausgleichs so not-
wendige Einheit in der Arbeiterbewegung mehr, wie letzter schon
nötig war, zu zerkleinern und hinstanzhalten.

Die gewerkschaftlichen Bestrebungen haben die nicht-
sozialistischen Arbeiter ihre christlich-nationalen Gewerkschaften,
für ihre geistig-moralischen ihre konfessionellen Arbeitervereine.
Wozu da noch diese gelben Gebilde? Mühen sie für die Zukunft
Aussicht haben oder nicht, jedenfalls haben wir es für unsere
Pflicht gehalten, über ihren Charakter der Arbeiterchaft die
Augen zu öffnen!

Ein Urteil über Streikbruch.

Eine bekannte Tatsache ist es, daß die sogenannten
Arbeitswilligen sich einer besonderen Aufmerksamkeit der
Unternehmer erfreuen. Wir haben auch im Laufe der
Zeit Bestrebungen kennen gelernt, die darauf hinausgingen,
ihnen einen noch weiter wie heute gehenden gesetzlichen
Schutz zu gewähren. Das kann freilich nicht hindern, daß
die moralische Einschätzung derselben innerhalb der organi-
sierten Arbeiterschaft keine andere wird, im Gegenteil:
Sie werden als Schädlinge der gesamten Arbeiterschaft
angesehen, die deren wirtschaftlichen und geistigen Auf-
stieg erschweren und dazu obendrauf den behördlichen oder
gesetzlichen Schutz genießen. Und sehr recht schrieb letzt-
hin eine bürgerliche Zeitung, daß der Arbeiter gar nicht
anders könne, als den Streikbrecher wie einen sozial
Chelosen einzuschätzen, der die Klasse verrät, der er an-
gehört, und als ein rechter Tropf von einem Augenblicks-
vorteilswissen auch seine eigenen Klasseninteressen schädigt.

Auch einzelne Unternehmer haben des öftern ihre An-
schauung über die moralische Qualifikation des Arbeits-
willigen geäußert, und lautete dieselbe ebenfalls nicht
günstig für sie. So führte z. B. der Bleistiftfabrikant
Dr. Eduard Schwanhäuser in Nürnberg in einer Ver-
sammlung aus: Streikbrecher seien Leute von
mangelndem Verständnis. Allerdings seien
sie ihm als Unternehmer bei einem Arbeits-
kampf in seiner Fabrik nützlich als die
Organisierten, aber nur bei einem Streik.
Er nehme es niemanden übel, wenn er auf
die Streikbrecher mit einer gewissen Ver-
achtung herabblicke.

Dieser Fabrikant hat wohl das Richtige offen aus-
gesagt, und haben wir auch in der Praxis öfter derlei
gehört und auch erfahren.
Aber gerade der Umstand, daß sie bei Arbeitsstreitig-
keiten die Position der Arbeitgeber stärken, macht sie den-
selben besonders wertvoll. Deshalb auch der Ruf nach
verstärktem Schutz derselben, deshalb auch die Versuche,
mit der Gründung gelber Gewerkschaften, oder besser
gesagt: Streikbrecherorganisationen.

Mit besonderem Interesse haben wir deshalb eine
längere Berliner Zuschrift an die „Rheinisch-Westfälische
Arbeitgeberzeitung“ verfolgt, welche sich mit den dortigen
Arbeitgebern, die sich nicht der Aussperrung der Holz-
industriellen anschließen, befaßt. Nach einer kurzen
Schilderung der Ursachen des Kampfes heißt es dann
weiter:

„Man sollte nun meinen, daß zur Abwehr solcher Be-
strebungen das Arbeitgeberbündnis wie ein Mann zusammen-
stehen müßte. Weit gefehlt! Es möchte manchem rästel-
haft erscheinen, wie der Streik, bezw. die Aussperrung, sich
über einen so langen Zeitraum erstrecken konnte. Nach-

und nach wurde es bekannt, daß die Aussperrung bei
weiterem nicht in dem Umfange durchgeführt war, wie man
in Arbeitgeberkreisen allgemein annahm. Eine größere
Anzahl von Arbeitgebern hielt die Zeit für gekommen,
aus der Haut ihrer Erwerbsgenossen Riemen zu schneiden
und diesen direkt in den Rücken zu fallen. Sie nutzten
alle Vorteile der stark verminderten Konkurrenz aus mit
der Entschuldig: „Wir können nicht!“ Hierzu mag
noch bemerkt werden, daß der Zentralverband der Bau-
tischlermeister in freigelegter Weise seine bedeutenden
Mittel zur Einlösung fälliger Verbindlichkeiten zur Ver-
fügung gestellt hat. Wie man unter solchen Umständen das
Verhalten der abseits stehenden Unternehmer zu be-
urteilen hat, liegt auf der Hand. Berlin geht mit einem
schlechten Beispiel voran. Das Baugewerbe der Reichs-
hauptstadt hat schon so manche Probe von mangelndem
Solidaritätsbewußtsein abgelegt, die jegliche im Holz-
bearbeitungsgewerbe übertrifft alles bisher Dagewesene.

Des Rätsels Lösung ist damit gegeben: die aus-
gesperrten Verbandsarbeiter erhielten Unterstützung von
den Streiklassen, die aber längst geleert gewesen wären,
wenn es nicht — mit Hilfe gewisser Arbeitgeber — ge-
lungen wäre, die weiterarbeitenden Genossen zu verstärken
Beiträgen für die Streiklassen heranzuziehen. Streik und
Aussperrung wären, nach Ueberzeugung aller Sach-
kundigen, eher beendet worden, wenn nicht dank der Un-
einigkeit im Lager der Unternehmer der Ausstands-
bewegung neue Mittel zugeführt worden wären. Wie es
scheitert, haben sich die abseits stehenden Arbeitgeber eine
eigene Organisation geschaffen im „Klub des Westens“,
eine Bezeichnung, die recht harmlos klingt und wohl dazu
geeignet erscheint, die eigentlichen Zwecke und Ziele des
Vereins zu verschleiern. Ihm sollen sich auch einige
Elemente angeschlossen haben, die früher selbst als
Vorstandsmitglieder dem Zentralverbande der Bau-
tischlermeister angehört und für energische Abwehr der Forde-
rungen des Verbandes der Holzarbeiter eingetreten waren.
Sie haben ihr Ehrenamt niedergelegt, um alsdann im
Trüben fischen zu können. Sie sind zu Mitschuldigen
an der langen Dauer des Streiks geworden, haben aber
die Verantwortung durch klingende Münze ihre Charak-
terlosigkeit entschädigt zu sehen. Die Art, wie im Berliner
Baugewerbe eine Aussperrung durchgeführt wurde, muß
zu den schwersten Bedauern geben. Sie findet ihre
Erklärung dadurch, daß sich hier gerade zahlreiche Elemente
befänden, die sicherlich nicht als Herden des Unternehmertums
anzusehen sind.“

Das ist gewiß deutlich. Die Redaktion der „Rh.-W.
Arbeitgeberzeitung“ fügt dann aus eigenem hinzu:

„Die vorstehenden Ausführungen sind nach ver-
schiedener Richtung hin interessant und lehrreich. Man
sieht daraus, daß es auch im Holzgewerbe, dessen Organi-
sation von verschiedenen Seiten so sehr gerühmt wurde,
noch viel zu tun gibt. Ganz besonders scheint das in
der Reichshauptstadt der Fall zu sein. Jederfall ist es
tief bedauerlich, geradezu schmachvoll, daß die oben ge-
kennzeichneten Mitglieder des „Klub des Westens“ in
einer so ersten Lohbewegung ihren Kollegen in den
Rücken fallen. Sehr richtig äußert sich unser
Berliner Gewährsmann über diese Herren,
die künftig von allen anständig denkenden
Arbeitgebern gemieden werden sollten.
Gerade diese Elemente werden es später besonders fühlen,
daß sie der so unbedingt nötigen Arbeitgeberorganisation
entgegengegearbeitet haben. Möge das unruhige Bei-
spiel dieser Berliner „Klub“ anderen Arbeitgeber-Organi-
sationen zur Warnung dienen.“

Wir finden es ganz begreiflich, wenn die „Rh.-W. A.“
sich solchermaßen äußert. Wir haben auch gar nichts da-
gegen; denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig,
und diese Arbeitgeber haben genau so verwerflich an
ihren Kollegen gehandelt, wie Arbeiterstreikbrecher an
ihren Nebenarbeitern. Nun aber kommt die Quintessenz:
Wenn man eine bezügliche Handlungsweise in den eigenen
Reihen in so außerordentlich scharfer Weise verurteilt, wel-
ches, wenn es in einem Arbeiterblatte stände, zum min-
desten als Aufhegerei, wenn nicht gar als ein angebrochter
brutaler Boykott oder Ausreizung zum Klassenhass be-
zeichnet würde, wie kann man dann auch nur mit irgend
einem Schein von Berechtigung das gleiche einem an-
deren Stande zum Verbrechen anrechnen, wogegen gesetz-
licher Schutz angerufen werden muß? Nicht genug damit,
sogar mit dem, mit Hilfe ehrlicher Arbeiter erworbenen
Kapitale, soll eine derartige, auf unmoralischem Boden
stehende Organisation eigens zu dem Zweck systematischen
Streikbruchs geschaffen werden. Und dafür ist auch die
„Rh.-W. A.“ eingetreten. Wo bleibt da die gesunde Logik?

Wir wollen gewiß nicht den Kampf, obwohl wir die
Mehrzahl der bis jetzt stattgefundenen nicht bedauern, sie
haben zum mindesten die gegenseitige Achtung und Res-
pektierung gefördert. Aber alles hat seine Grenzen. Und

da wäre es gewiß förderlich, wenn man sich nicht allein auf geschäftlichem Wege, sondern auch unter den Arbeitgebern zu dem Standpunkt ausschlagen könnte, mit gleichem Maße zu messen. Die Verwirklichung dieses einfachen demokratischen Standpunktes würde manche Unzufriedenheit und Erbitterung verhindern. Und wenn die „N. W. A.“ in ihrer letzten Nummer in gleicher Sache die Arbeitgeber Englands und Nordamerikas heranzieht, so sollte sie auch deren Stellung, namentlich der englischen, den Arbeitern gegenüber hervorheben. Auch im Kriege sollten gerade Waffen gelten, sie helfen mindestens einen ehelichen Frieden sichern.

Ausnutzung der Anfälligkeit durch die Unternehmer.

Auf dem Lande macht man die bedauerliche Erfahrung, daß die Unternehmer im Baugewerbe das Gebundensein an die heimatische Scholle bei ihren Arbeitern in einer Weise ausnützen, die dem gerechten Arbeitslohn schmerzhaft widerspricht. Stellen die Unternehmer in einem Orte fremde Arbeiter ein, dann zahlen sie diesen weit mehr, als den einheimischen. Die Gründe, die sie angeben, sind verschieden. Einmal heißt es: den Einheimischen brauchen wir nicht so viel zu bezahlen, weil sie billiger leben und uns doch nicht davonlaufen, das andere Mal heißt es: wir beschäftigen die Einheimischen auch im Winter, und darum können sie im Sommer mit weniger Lohn sich zufrieden geben — „das gleicht sich aus“. Gegenüber den Fremden wird gesagt: die Leute müssen Kostgeld zahlen, das selbe ist hier so teuer, wenn nicht noch teurer, als in der Stadt; daher müssen sie auch mehr verdienen. Es wird auch behauptet, daß die Fremden leistungsfähiger resp. fleißigere Leute wären.

Wie verhält es sich nun in Wirklichkeit? Leben die Einheimischen denn wirklich soviel billiger, daß ein Lohnunterschied von 1,00—1,50 M. und noch höher gerechtfertigt wäre? Das kann im Ernst niemand behaupten. Siehlen denn etwa die ländlichen Arbeiter ihre Lebensmittel? O nein, der alte Vater, die alte Mutter, die Frau, die Kinder, sie alle sind von morgens früh bis abends spät mit Emsigkeit beschäftigt, um dem eigenen oder dem Nachbarn die Lebensmittel abzugewinnen. Auch der Arbeiter, der bei Tage dem Verdienst nachgeht, quält sich abends noch im Felde ab, teilweise auch morgens, ehe er zur Bauarbeit geht. Da kosten ihn und seiner Familie die Lebensmittel doch schwerwiegsende Arbeit. Auch wenn die meisten Lebensmittel selbst gezogen werden, kostet das dem ländlichen Arbeiter einen netten Kopfen bares Geld. Vieles ist der Garten oder Land gepachtet. Das Land verbraucht auch Dünger; der Kunstdünger ist teuer, die Pacht ist teuer und das gekaufte Land muß mit schwerer Hypothek erstanden werden. Auch mit der Wohnung geht es so, da auch auf dem Lande die Miete teuer ist. Da muß in der Regel ein ganzes Häuschen mit Stallung gemietet werden und auf dem eigenen Hause sitzt in den meisten Fällen ebenfalls eine Hypothek. Da hat doch von der Unternehmer kein Recht, sich das Mitwirken der ganzen Familie zunutze zu machen, und weil der ländliche Arbeiter nicht jedes Teilchen mit Geld bezahlen muß, ihm den Lohn zu kürzen. Da nimmt das Unternehmertum das von der ganzen Familie Erzeugene gewissermaßen für sich in Anspruch, weil sie dementsprechend dem einheimischen Arbeiter den Lohn kürzen. Sie tun es einfach, weil sie sich sagen: die laufen uns doch nicht davon. . . . Daß die Einheimischen im Winter Beschäftigung haben, hängt doch nur davon ab, wie der Grad der Beschäftigung ist. Der Unternehmer zahlt den Bauhandwerkern und Hilfsarbeitern im Winter keinen Lohn, wenn er sie nicht beschäftigen kann, das verlangen dieselben auch gar nicht. Aber da sollte doch das Unternehmertum nicht stets mit diesem wohlfeilen Versprechen auf Winterarbeit kommen. Das ist heuchlerisch. Die Bauarbeiterschaft auf dem Lande ist im Winter doppelt solange arbeitslos als in der Großstadt. Daß die Fremden teurerer Logis haben als vielfach in der Stadt, erkennt die einheimische Arbeiterschaft gern an und hat auch nichts dagegen einzuräumen, wenn bei Bedarf von Fremden diesen eine besondere Zulage gegeben wird. Wogegen sich die Einheimischen wenden, ist, daß ihre Gebundenheit an die heimatische Scholle ausgenutzt wird.

Der Hinweis, daß die ländlichen Arbeiter, weil sie außer der Arbeitszeit sich noch auf dem Lande betätigen, erwidert und daher nicht so leistungsfähig als die Fremden wären, trifft im allgemeinen nicht zu. Es sorgt der Unternehmer resp. seine Angestellten schon dafür, daß sich die ländlichen Bauarbeiter nicht „ausziehen“ können. Die Schmutzhandlanger ist da auf dem Lande und den ländlichen Städten vielfach größer als in der Großstadt. Wird da mal ein Stüchlein Arbeit vergeben, dann möchte es gerne jeder haben und dann wird sich graulich unterboten. Den Arbeitern läßt man dann in die Ohren, ich bezahle nichts, ich muß Geld zulegen usw. Mit diesem Hinweis wird dann getrieben und getrieben. Die Maurer wärsen dann mit vier Händen Steine verpacken können, die Hilfsarbeiter auf jeder Schulter ein Brett Steine oder Spisbad schleppen können, wenn sie vom Unternehmer das Prädikat „fleißig“ erhalten wollten. Wir wollen nicht verallgemeinern, aber daß es in der Praxis vielfach so aussieht, wird man nicht bestreiten können. Schreiber dieses sind Fälle bekannt, wo die Unternehmer bei den Verhandlungen wackerhüternde Klage über die Nichtleistungsfähigkeit der einheimischen Arbeiter anstimmten, die mit Leuten, die in Großstädten arbeiten, durchaus nicht verglichen werden konnten, und in Wirklichkeit müßten dieselben mehr leisten, wie in der Großstadt, was selbst Leute in Großstädten, die als Fremde von Großstädten aus in ländlichen Städten Beschäftigung annehmen. Wie die ländlichen Unternehmer das Gebundensein an einen Ort ausnützen, geht auch daraus hervor, daß es bei Mitterer vorkommt, daß, solange fremde Arbeiter loslösig sind, mit ihrer Familie nicht anständig sind, sie höhere Löhne erhalten; sobald sich selbige am Orte betätigen oder ihren Familien nach dem Ort verlegen, dieselben auf einmal als Einheimische betrachtet werden und der Lohn gekürzt wird. Es ist dieses ein wunder Punkt für die ländliche Bauarbeiterschaft, der nur durch die geschlossene Einigkeit der Fremden und durch die Organisation behoben werden kann. Die christliche Organisation erweist prinzipiell ein gerechtes Vorgehen an. Nach dem gerechten Vorgehen soll der Wert der Arbeit bezahlt werden. Wird aber die Gebundenheit der Arbeiter ausgenutzt, dann ist das die Verrentung des verdienstigen Tag- und Arbeitslohnes. Gegen dieses Unrecht muß gekämpft werden. Bekanntlich kennen die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch den Klassenkampfstandpunkt ein gerechtes Vorgehen nicht an, sondern Befreiung der heutigen Gesellschaftsordnung; daher bleibt es gerade der christlichen Organisation hauptsächlich vorbehalten, den Kampf um die Gerechtigkeit auch auf diesem Gebiete zu führen.

Rundschau.

Ein Zwischenfall.

Am letzten Freitag und folgende Tage hielt der Verband katholischer Arbeitervereine und Fachabteilungen (Sitz Berlin) im Leo-Hospiz in Berlin seine Generalversammlung ab. Unsere Kollegen in die Teilnahme der christlichen Gewerkschaften durch die Führer des Berliner Verbandes und seiner Beamten bekannt. Daß wir uns dagegen wehren, sollte eigentlich als etwas Selbstverständliches hingenommen werden. Aber dem scheint nicht so. Um Mitteilung in die Reihen der Delegierten, welche vielfach mit dem Wesen und den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften nicht vertraut sind, zu bringen, erlaubten sich einige christliche Gewerkschaftler die bekannten Broschüren von Giesberts, sowie „Zeit- und Streitfragen“ nebst dem Flugblatt „Der Traum ist aus“, am Eingang des Gartens des Leo-Hospizes an dieselben zu verteilen. Und wie müssen stehen, wie sich alle los geworden, ja einige bedauerlich, keine mehr bekommen zu können, da sie einfach alle waren.

Das scheint nun den Führern von „Sitz Berlin“ nicht gefallen zu haben, denn erbot sich selbst der „Arbeiter“ in seiner letzten Nummer: „Ein Zwischenfall, der sich dadurch ereignete, daß Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Garten des Leo-Hospizes an unsere Verbands-Delegierten Broschüren verteilten, in der u. a. auch die Breslauer Rede des Abgeordneten Giesberts mit ihren grundlosen Verdächtigungen der katholischen Berufsorganisation abgedruckt war, sondern durch die einstimmige Annahme folgender Resolution seine Entlassung: „Der 10. Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) spricht seine tiefste Entrüstung darüber aus, daß während seiner Tagung im Garten des Leo-Hospizes die christlichen Gewerkschaften an die Verbands-Delegierten Broschüren verteilten, in denen Vorwürfe und Verdächtigungen gegen den Verband und dessen katholische Berufsorganisation enthalten sind, die mit allen Tatsachen im schroffsten Widerspruch stehen.“

Ob die Entrüstung bei allen wirklich so echt, und ob sie so einstimmig war, können wir nicht untersuchen. Aber auffällig erscheint uns eines, nämlich, daß man den Garten des Leo-Hospizes so hervorhebt. Ob das vielleicht irgend welche Folgen für dasselbe mit sich bringen sollte? Wir wollen gewiß keine Antipathie gegen dasselbe hervorgerufen, und hätten wir geglaubt, daß unsere Verteilung am Eingang des Gartens auch nur irgend einen Anstoß erregen könnte, wären wir 15 Meter zurückgetreten, wo das Gemeindegelände beginnt.

Ob dies eigentümliche Hervorheben nicht aber als erste Ursache noch einen andern Grund hat? Wir können doch wirklich nichts dafür, wenn ein Teil der Delegierten, worunter viele Unschuldige gewesen sein mögen, von dem Wirt des Hospizes kein Bier mehr verabfolgt bekamen. Das mag hart gewesen sein, zum Glück war es nicht allzuheiß. Ob dies auch der Grund war, warum am Mittwoch nicht mehr im Leo-Hospiz getagt wurde?

Wir haben uns wirklich gefreut, als am Begrüßungsabend so viel von „christlicher Liebe“ geredet wurde. Dieß uns dies doch das Beste hoffen. Leider sollten wir eine Enttäuschung erleben. Und das ist dieses: Die zwei Delegierten des Charlottenburger Arbeitervereins, welche zugleich christliche Gewerkschaftler sind, wurden aus der Generalversammlung ausgeschlossen. Und der Grund hierzu? In Charlottenburg gründeten einige Mitglieder des Arbeitervereins ohne den Pfarzer auch nur irgendwie in Kenntnis zu setzen, eine Fachabteilung. Auf welchem Standpunkte der Pfarzer, ob Fachabteiler oder nicht, steht, ist uns unbekannt.

Die Fachabteiler wählten sodann zwei Mitglieder in den Vorstand, welche der Pfarzer nicht anerkannte, und einige Mitglieder, welche diese Agitation in den Verein hineingetragen, aus dem Verein ausschloß. Man kann darüber denken wie man will, die geistliche Autorität, welche gerade von den „Berliner“ so hervorgehoben wird, war es mindestens nicht. Kurz und gut, die Ausgeschlossenen legten gegen die beiden Delegierten, von welchen weder der Pfarzer noch die beiden etwas wußten, Protest ein, und das genügt, dieselben auszuschließen. Das ist aber nach unserer Meinung, welche freilich „nicht autoritativ“ ist, keine Liebe, viel weniger noch großmütig.

Wie uns bestimmt versichert wird, soll ein geistlicher Herr am Delegiertentag den Ausspruch getan haben: „Wo die Fachabteilungen hinkommen, ist's als Lame der Teufel hin; die bringen nur die Uneinigkeit in unsere Reihen.“ Das genügt für heute.

Ueber den Wert der Arbeitgeberorganisationen

und die von diesen im Interesse des sozialen Friedens geforderte Erziehungsarbeit sprechen sich in außerordentlich bemerkenswerter Weise die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für das Jahr 1906 aus. Der Beamte für den dritten Bezirk schreibt hier wörtlich:

Die Früchte des Zusammenflusses der Unternehmer machen sich heute durch eine viel ruhigere und würdigere Behandlung der Arbeiterfragen seitens des Einzelnen bemerkbar. Die Erziehungsarbeit der Unternehmensverbände ist unermesslich. Dadurch, daß alle Streitfragen eine kollektive Behandlung erfahren, werden sie in den Gebantenkreis des jedes Verbandsmitglieds eingeführt; sie müssen von ihm innerlich verarbeitete werden. Die verschiedenen Gedanken und Anschauungen werden in gemeinsamen Erörterungen gewirgt und geläutert. Der Zwang, sozialpolitische Probleme vom Standpunkt der eigenen Interessen durchzuarbeiten, sich in ihnen zurechtzufinden und sie mit den Interessen anderer Preise in Einklang zu bringen, befähigt die Engherzigkeit, der man in Handwerkerkreisen früher bei der Beurteilung der Arbeiterfragen begegnet ist. Jedenfalls hat diese soziale Erziehungsarbeit der Verbände wesentlich dazu beigetragen, den friedlichen Abschluß von Tarifverträgen zu erleichtern. Als von besonderem Interesse verdient auch die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß durch die Unternehmerverbände des Handwerks und der Großindustrie der früher mit Zähigkeit festgehaltene Grundsatz, nur mit den einzelnen Arbeitern eines Werks und nicht mit deren Verbandsleitern zu verhandeln allmählich verlassen wird. Beweis haben da und dort die Machtverhältnisse der Kontrahenten die Unternehmer gezwungen, den früheren Standpunkt aufzugeben, aber es wäre falsch, diesen sich vollständigem Umkehrung in der Anschauung nicht auch höherer sozialer Einsicht zuzuschreiben, die auf Grund der Erfahrungen bei Lohnkämpfen und bei Verhandlungen der Parteien gewonnen worden ist. Aus begrifflichen Gründen wird dies ja von Unternehmern und Betriebsleitern nicht so allgemein und offen zugegeben, ein Teil derselben aber, die Lohnkämpfe durchgelebt und zum Abschluß gebracht haben, bezeugt, daß sie es viel lieber mit einem geschulten Verbandsleiter zu tun haben wollen, als mit einer Gesellschaft unorganisierter Arbeiter, die nicht wissen, was sie wollen.

Diese Ausführungen bestätigen die wiederholte Voraussage derjenigen, die behaupten, daß auch in Deutschland vereinstimmlich auf der Basis parteiorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die von gegenseitiger Achtung und dem Willen zur Verständigung erfüllt sind, an Stelle der heutigen so zahlreichen Schulampfe und Aussperrungen eine Periode sozialen Fortschritts und sozialer Ruhe eintreten wird.

Ein Arzt als Gewerbeinspektor

hat neben dem Großherzogtum Baden seit vorigem Jahre auch das Königreich Württemberg aufzuweisen. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für das Jahr 1906 sprechen sich über die neue Einrichtung wie folgt aus:

Schon die während einer verhältnismäßig kurzen Zeit erfolgte Mitarbeit eines ärztlichen Mitglieds war für Teil der Aufgaben der Gewerbeinspektion, welcher die Führung gesundheitlicher Verbesserungen in Arbeitsräumen bei gefährlichen Arbeitsvorgängen zum Gegenstand hat, sehr derlich. Seine besonderen Kenntnisse auf dem Gebiet der werbhygiene setzen nunmehr die Gewerbeinspektion in die im Zusammenwirken mit ihm auch auf die Beobachtung tieferer Erforschung von Gewerbekrankheiten ein besonderes Augenmerk zu richten und den Schutz der Arbeiter vor Gefahr für ihre Gesundheit in vermehrtem Umfang wahrzunehmen. Angefichts dieser günstigen Erfahrungen werden auch übrigen Bundesstaaten trotz etwaiger Bedenken nicht so vorbestimmen, neben volkswirtschaftlich gebildeten Techniker und Chemikern auch Ärzte im Hauptamt zur Gewerbeaufsicht heranzuziehen!

Wirtschaftliche Bewegung.

Zuzug fernhalten: Blaibach, Steinarbeiter-Aussperrung Berlin, Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Fuger und Bauarbeiter, Sagan, Maurer und Zimmerer, Krichthof, W. Hannover, Hiesinger Weiskenburg l. G. Aussperrung (Maurer und Hilfsarbeiter), Giesdorf bei Nachen (S. Arbeiter), Berlin (Dachdecker), Gummerich (Maurer), St. Jug (Maurer), Giesdorf (Wagner) (Maurer u. Hilfsarbeiter), Kamb (Maurer), Albernach (Maurer), Nachen (Maurer, Fuger, Hilfsarbeiter), Düsseldorf (Zimmerer), Warburg (Maurer), Mecke (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Mendon l. W. (Maurer u. Bauhilfsarbeiter), Landeshut (Maurer), Giesdorf (Steinbrecher), Kfenburg, Baden (Maurer), Sulzbach, C. (Steinhauer).

Bezirk Brandenburg.

Die Aussperrung in Berlin. Am Pfingstsonnabend ist die Aussperrung zur Tatsache geworden. Nach den bisherigen Feststellungen hat nicht den Umfang angenommen, mit dem gerechnet wurde. So wurde z. B. seitens unseres Verbandes nur Drittel davon betroffen. Insgesamt sind nach den bisherigen Feststellungen der betroffenen Organisationen ca. 12 000 ausgesperrt. Die Anwesen der Unternehmer zu sehen hier von g-m-a-t-g. Geben sie doch 28 000 ausgesperrte an! Das kann kaum treffend sein, denn ein derartig hoher Prozentsatz Unorganisierte ist in Berlin keineswegs vorhanden. Gesagt kann deshalb schon werden, daß die Unternehmer ihre Position übersehen haben, denn es ist dem Beschluß der Aussperrung nicht entgegenstehend entprochen worden. Und wir haben durch keine Ursache, die Tatsachen zu verschleiern.

Inzwischen ist der Kampf in ein neues Stadium getreten. Es handelt sich um die Unternehmer, welche nicht dem Aussperrungsbeschluß Folge geleistet haben. Eine gemeinschaftliche Kommissionsprüfung beschloß bei diesen eine ernsthafte Forderung, und zwar 8 1/2 Stunden Arbeitszeit und 80 Pf. Stundenlohn einzuführen. In allen stattgefundenen Mitgliederversammlungen wurde dies angenommen. Zugleich wurde beschlossen, daß diese Forderung nicht bewilligt wird, am Dienstag, den 28. d. die Arbeit eingestellt werden soll.

Die Fuger beschloßen ebenfalls, bereits übernommene Arbeiten noch fertigzustellen, neue aber nicht mehr anzunehmen. Damit hat der Kampf eine weitere Basis angenommen. Neuerdings werden die Arbeitgeber folgendes Bistum Berlin, den 27. Mal 1907.

Geehrter Herr Kollege!

Wir nehmen höchlichst Bezug auf unsere gedruckte Mitteilung vom 15. Mai, in welcher wir Ihnen anzeigten, daß die Generalversammlung des Verbandes der Baugewerkschaften einstimmig beschlossen habe, am 18. d. M. sämtliche bei den Verbanden beschäftigten Maurer, Zimmerer und Banarbeiter zu entlassen. Wir haben Sie dringend, sich im Interesse Allgemeinheit und im Interesse der raschen Beendigung Kampfes unserem Vorgehen anzuschließen. Inzwischen ist Entlassung der Arbeitnehmer vor sich gegangen. Von gegnerischer Seite wird geflüstert die Nachricht verbreitet, daß die Unternehmer weit geringer ist, als man erwartet hat. Dies entspricht nicht den Tatsachen; der Entlassungsbeschluß ist von den Verbandsmitgliedern, wie es ja auch selbstverständlich ist, streng durchgeführt worden. Nach diesem Ergebnis Aussperrung ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Kampf zu Gunsten der Arbeitgeber entschieden wird. Selbstverständlich wird dieser erste Kampf, den wir um die Existenz des Berufs Baugewerbes zu führen haben, um so rascher beendet sein, nachdrücklicher und allgemeiner die Aussperrung in den er Tag durchgeföhrt wird. Es entzieht sich vorläufig unser Kenntnis, ob Sie ebenfalls Ihre Arbeiter entlassen haben. Sollte dies jedoch noch nicht der Fall sein, so ersuchen wir nunmehr dringend, dies sofort zu tun, denn der Kampf nun unter allen Umständen für die Arbeitgeber gewonnen werden geht er verloren, dann werden sich dieselben Kämpfe in g. Deutschland im Baugewerbe wiederholen und alle anderen werbe in Berlin werden nachfolgen, wenn die Maurer Zimmerer eine Arbeitszeitverkürzung durchgeföhrt haben. Das darf nicht geschehen. — Darum appellieren wir jetzt einmal eindringlich an Ihr Kollegialitätsgefühl. Was unsere Verbandsmitglieder können, das können Sie auch das müssen Sie können!

Bedenken Sie, welchen Opfermut die Arbeitnehmer bei jeder Gelegenheit zeigen, wollen wir uns von ihnen beschämen lassen, wenn es den Kampf um unsere wirtschaftliche Existenz geht. Sie werden pekuniäre Verluste erleiden! Gemüß; aber müssen getragen werden, es muß verlangt werden, daß solcher Zeit jeder seine eigenen Interessen hinter die der Allgemeinheit zurückstellt.

Ganz Deutschland verfolgt unseren Kampf mit der größten Spannung, jetzt hat Berlin zu zeigen, was es kann; wollen Sie, daß wieder von Berlin gesagt wird, daß es dort nur mit dem Munde große Taten verrichtet, aber nur zurückweicht, wenn es Ernst wird.

Als allen diesen Gründen ersuchen wir Sie, sich sofort dem Beschluß unseres Verbandes anzuschließen zu wollen. Zeigen Sie, daß Sie nicht gewillt sind, sich durch die Kaffantien aus dem Feuer holen zu lassen, daß Sie untätig dabei stehen wollen, wenn andere für das Wohl der Existenz Ihres Standes schwere Opfer willig bringen. Sie jetzt dem Verbands als Mitglied bei und helfen Sie, dieselben durch Ausführung immer neuer Mitglieder gerade zu festigen und zu fördern.

Den beiliegenden Fragebogen wollen Sie sofort ausfüllen auf dem einen Fragebogen angeben, wie viel Leute der einzelnen Kategorien Sie am 11. Mai beschäftigt haben, auf anderen aber angeben, wie viel Leute von Ihnen am 27. beschäftigt waren.

Die Fragebogen sind mit Unterschrift zu versehen und fort an unser Geschäftsamt zurückzuführen.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand des Verbandes, Wahl: Feuer, Fiedler.

Ein weiteres Merkmal weist angefichts des neueren schusses der Arbeiterorganisationen darauf hin, daß in jenen wohl Rechte, aber keine Pflichten verlangt würden. Gemäß werden die Unternehmer vor der Unterzeichnung warnt.

Ein wesentlicher Faktor in dem Kampf sind die Materialbesitzer. Gelingt es dem Arbeitgeberverband, die Materialbesitzer zu gewinnen, so wird der Kampf für die Arbeiter ungünstiger.

erung zu unterbinden, würde dies eine wesentliche Ver-

Die Arbeitervereine Berlins haben in einer am Sonnabend, 25. Mai, stattgefundenen Versammlung beschlossen, einen ihrer Werte außer Betrieb zu setzen. Ob es strikte zur Ausführung kommt, ist zweifelhaft, da die Schließung mit einem Verlust verbunden ist. Es würden dadurch etwa 10 000 Arbeiter arbeitslos, außerdem würden die Betriebe und andere Betriebsmittel, welche große Ausgaben ihrer Unterhaltung bedürfen, außer Tätigkeit gesetzt. So deutet denn alles auf einen scharfen Kampf hin, dessen Ende in sehr weiter Ferne liegt.

Die Ausperrung der **Sandwäcker** in Berlin bleibt nach jetzt feststehender Dauer weiter bestehen. Eine Anfrage des Organisationsleiters des „freien“ Verbandes an den stehenden der Kommission des Arbeitgeberbundes, ob diese geneigt wäre, auf eine ermäßigte Forderung von 8 1/2 Stunden und 85 Pf. Stundenlohn zu verhandeln, wurde abgelehnt. Bewilligt haben bis jetzt 20 Unternehmer, davon auch einige Mitglieder des Arbeitgeberbundes. Von den 150 Mitgliedern unseres Verbandes, welche von der Ausperrung betroffen sind, sind zurzeit noch 45 am Orte zu unterstützen, selbst erhalten seit einigen Wochen einen Zuschuß von 3 M. Woche zur Streikunterstützung aus den Sozialfonds.

Bezirk Frankfurt a. M.

Warburg. Am 16. Mai fand unter dem Vorsitz des Bezirksverwalters eine Unterhandlung statt, in welcher derselbe den Vermittlungsvorschlag machte, im Laufe dieses Jahres und für 1908 38 Pf. Stundenlohn festzusetzen. Die Unternehmer lehnten diesen Vorschlag in ihrer Versammlung ab und haben bei dem Beschluß vom 28. April, wonach sie 28 bis 30 Pf. zahlen wollten, stehen. Sie sind der Meinung, dieser Lohn für die herrschenden Verhältnisse hoch genug. Nach diesem Ergebnis hatten die in der Bewegung stehenden Kollegen keine Anlassung, in die materielle Erwägung des Vermittlungsvorschlages einzutreten. Für sie kommt demnach die ursprüngliche Forderung, 38 resp. 40 Pf., in Betracht. Charakteristisch ist, die Unternehmer fremden Maurern einen höheren Lohn zu zahlen; sie glauben damit zu erreichen, auswärtige Arbeiter heranzuziehen. Das dürfte freilich vergeblich sein, sie haben denn schon einmal sehr tief in den Beutel greifen und sich dabei nicht schrecken lassen. Nach Warburg mit seinen Kollegen, die geeignet sind, keine Unpäßlichkeit aufkommen zu lassen, da verläßt sich so leicht keiner hin. Auf diese Art schließt, hinter welche die Unternehmer selbst wünschen, stehen sie, der Kampf geht also weiter.

Bezirk Saarbrücken.

Sulzbach (Saar). Was die Mehrzahl der Kollegen wohl glauben möchte, ist hier der Fall: Es arbeiten die Eisenarbeiter noch unter Verhältnissen, die für unsere moderne Zeit nicht mehr anständig sind; 10stündige Arbeitszeit, ohne Arbeitsruhe, ohne Erfrischung, ohne Einhaltung der Bundesratsverordnung keine Sperr. Nun hatten einige Kollegen unseres Verbandes bei der Firma Gebrüder Winter Arbeit angenommen, um Ordnung zu schaffen. Nach dreiwöchentlicher Arbeitszeit waren sämtliche Kollegen organisiert und verlangten gesetzliche Arbeitszeit, sowie den Lohn wie zuvor. Die Firma fand es nicht der Mühe wert, die Kollegen einer Antwort zu würdigen. In einer Sitzung wurde dann beschlossen, Kündigung einzutreten, welche sofort von den Kollegen erachtet wurde. Am 7. Mai kündigte die Firma acht an, die sie für die Fabrikführer hielt; daraufhin reichten sämtliche Kollegen die Kündigung ein. Ebenfalls wurde ein Antrag erachtet, den die Firma nicht beantwortet hat. Am 21. Mai 22 Kollegen in den Ausstand traten. Wenn in Sulzbach, das bekanntlich in Saarbrücken liegt, Arbeiter wegen der gesetzlichen Arbeitszeit in den Ausstand treten müssen, so ist das ein Verdienst der wohlhabenden Polizei. Jede Woche war sie auf der Arbeitsstelle, um die Arbeitsordnung hatte sie sich nicht gekümmert. Die Kollegen sind abergerüst; die anderen kämpfen weiter, auch hier die Bahnen für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geordnet sind.

Bezirk Oberhausen.

Dr. Vocholt sind unsere Kollegen in den Ausstand getreten. Arbeitsniederlegung war recht einmütig. Von den 180 beteiligten Maurern und Bauhilfsarbeitern legten 172 die Arbeit nieder; auch die Kollegen aus dem benachbarten Holland gehen einmütig aus der Arbeit. Die acht, welche stehen bleiben, sind Poliere und Lehrlinge. Niemand hätte gaudt, daß unter den Vocholter Kollegen eine solche Einigkeit vorhanden wäre, selbst die Arbeitgeber hatten auf Arbeitswilligkeit. Aber in ein noch größeres Erstaunen wurden die Kollegen und Arbeiter versetzt, als am Tage nach der Arbeitsniederlegung von den Streikenden etwa 70 mit den tagsübrigen abreißen und geschloffen zur Stadt hinausziehen, anderen Morgens nochmals 50 Kollegen, so daß nur noch 20 Kollegen am Orte sind. Bei einer solchen Stimmung hält der Streik keine 14 Tage an, da notwendige Arbeiten fertig gemacht werden müssen. — Wie vorausgesetzt, ist nach demnächstigen Streik für Maurer und Arbeiter ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher in den Hauptpunkten die zehnstündige Arbeitszeit bei 45 Pfennig Stundenlohn von jetzt an und am 1. August 47 Pf. Lohn für Maurer 35 resp. 37 Pf. für Bauhilfsarbeiter vorzulesen. Die Lohnunterstützung beträgt 7-8 Pf. pro Stunde, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt worden. Im übrigen sind die Bedingungen des Rheinisch-westfälischen Vertrags. Vertrag läuft bis 30. 4. 1908. — Ebenso wurde, nachdem die Maurer und Bauhilfsarbeiter drei Tage im Streik standen, mit Bauhilfsarbeitern ein Vertrag abgeschlossen, welcher die zehnstündige Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn in den Hauptpunkten vorzulesen. Die Kollegen haben eine Stunde Arbeitszeit und 8 Pf. Lohnunterstützung pro Stunde errungen. Mit den **Dachdeckermeistern** von Vocholt und von **W. W.** wurde ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen. Die Kollegen von Vocholt haben außer den Kilometergebern und Kostführern auch eine Lohnunterstützung von 5 Pf. in Vocholt 7 Pf. in Rheide, ebenfalls die 10stündige Arbeitszeit, außerdem für Turmarbeiter 70 Pf. Stundenlohn, für andere Arbeiter, mit Ausnahme der Poliere, den Vertrag erreicht. Wir kommen später einmal auf den Vertrag zurück.

In Gumerich ist noch keine Änderung eingetreten. Die Kollegen stehen mutterlos. Fünf Arbeitgeber haben die Forderung bewilligt. Von den 270 streikenden resp. ausgesperrten Kollegen sind 200 abgereist, 40 arbeiten zu neuen Bedingungen. Der Streik geht noch im Streik. Bedauerlich ist, daß unsere abgegangenen Kollegen, wo sie mit den Sozialisten zusammen in Arbeit sind, in u. s. w. nicht mitzugehen lassen, sonst hätten sie wieder gehen müssen. Wir werden uns diese Gesandten der Ober- und Mittelmeiner Genossen merken, um gegebenenfalls ihnen zu warnen. Lange Mühe werden sie übrigens mit Umgeleiteten nicht haben, denn sobald der Streik vorüber ist, haben die Uebergetretenen doch wieder los. — Nun haben sich die Arbeitgeber, die uns beschuldigen, weil die Kollegen sich organisiert, jetzt als dem Arbeitgeberbund angeschlossen. Ihre Weltanschauung ist also ebenfalls geändert. Hoffentlich bekommen sie jetzt Lust zum Unterhandeln. Die Ausperrung dauert jetzt noch Wochen.

In Reckel haben unsere Mitglieder bei zwei Firmen Kündigung erachtet; die Situation ist hier sehr günstig, wird es wohl nicht zur Arbeitsniederlegung kommen. In

allen genannten Orten sind sämtliche Kollegen bei uns organisiert. In Dordrecht (Holland), tagten vor kurzem Versammlungen, und werden wir auch da in den nächsten Tagen eine Zweigstelle gründen, der Grundstoß ist gelegt.

Bezirk Köln.

Aachen. Unsere Lohnbewegung steht noch günstig. Das haben die Unternehmer nicht gedacht, dass ihre Arbeiter schon so gewerkschaftlich geschult waren und den Kampf mit einer solchen Einmütigkeit führen würden. Ein ganzer Teil der Unternehmer ist am Reumot. Sie möchten sich gerne einigen, aber die Leitung des Arbeitgeberverbandes, worunter sich Unternehmer befinden die nur zwei und einen halben Mann beschäftigen und daher wenig Schaden erleiden, versucht die Herren von einer auf die andere Woche zu vertrösten. Bisher ist den Herren gelungen, die Unternehmer, die sich im Druck befinden, zu beschwichtigen, ob ihnen das noch länger gelingt, diese Leute, um des Eigensinns der Arbeitgeberverbandsleitung willen, noch zu weiteren Opfern zu bewegen, ist sehr fraglich. Der ganze Streitpunkt handelt sich hauptsächlich um die Ehrlichkeit. Nur unehrliche Motive sind es, die den Arbeitgeberverband bewegen, gegen die Festlegung des Mindestlohnes zu agitieren. Stets haben diese Herren das Wort zur Hand, wer es verdient der soll es auch haben, dabei haben die Herren die Abhängigkeit des einzelnen Arbeiters dermaßen ausgenutzt, dass sie sieben- und achterlei Löhne zahlen. Das hat den Herren gefaßen im Tagelohn die Löhne voll bezahlt zu nehmen, den Arbeitern denselben aber vorzuenthalten. Die ehrlichen Unternehmer welche jetzt in Aachen kämpfen, bringen die Opfer nur deswegen, um den unehrlichen Unternehmern die Möglichkeit der Ausbeutung auch weiterhin zu erhalten. Die Löhne, die wir gefordert haben, können die Unternehmer nicht als ungerichtet bezeichnen, darüber schweigen sie sich in der Öffentlichkeit auch vollständig aus. Heimlich gehen sie bei der Bürgerschaft mit Verleumdungen vor und schimpfen über die „faulen Maurer und Bauarbeiter“. Wir kämpfen einen gerechten Kampf. Die Kollegen werden nicht eher ruhen, bis auch im Aachener Baugewerbe ein gerechtes Lohnsystem erzielt ist. Glücklicherweise ist in Aachen die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, dass die Banarbeiter fast einheitlich im Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter organisiert ist; daher auch die Einigkeit unter den Streikenden, trotz der sozialdemokratischen Hetze. Man sollte es nicht für möglich halten, was jetzt der sozialdemokratische Maurerverband in Aachen treibt. Der Genosse Muth hat jetzt bei der Lohnbewegung den als Hetzer allgemein bekannten Sozialdemokraten Kessler nach Aachen bugsiert. Die Agitationsweise des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ist ja rühmlichst bekannt. Nach derselben Methode wird auch jetzt beim Streik der Maurer, Bauhilfs- und Grundarbeiter gehandelt um Mitglieder zu fangen. Durch verleumderische Zeitungsartikel in der sozialdemokratischen Presse, dem „Grundstein“ und roten „Bauhilfsarbeiter“ wird eine Hetze unter den streikenden Arbeitern betrieben. Der „Grundstein“ nennt die christlichen Arbeiter in Aachen, schwarze Demagogen, die beispiellose geistige Rückständigkeit besitzen, und zwar Dank des gewaltigen Einflusses den die katholische Kirche in Aachen ausübt.

Im Aachener Zementgewerbe haben wir im v. J. einen Tarifvertrag mit bedeutenden Verbesserungen eingeführt, der bis 1908 Gültigkeit hat. Jetzt geht der Genosse Kessel dazu über und reicht bei einer Firma einen neuen Vertrag ein, und verhängt die Sperr über das Geschäft; dabei weiß der Genosse Kessel ganz genau, dass die christliche Organisation das Geschäft nicht sperren darf, weil dasselbe Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden ist. Weil wir nun die Sperr nicht über das Geschäft verhängen, wirft der Genosse Kessel in echt heuchlerischer sozialdemokratischer Art, ein Flugblatt unter die streikende Bauarbeiterschaft, wird dem christlichen Verbands Judasverrat vor, hetzt dadurch die Streikenden unter einander auf. Dabei hat der Genosse Kessel in Aachen kaum einige Mänekens organisiert. Ist das nicht Arbeiterverrat schlimmster Art, während einem Streik solch eine Hetze zu treiben? Würde das die christliche Organisation jetzt in Berlin unter Genossen so treiben, so würde die gesamte sozialdemokratische Presse von Arbeiterverächter und Handlanger des Unternehmertums schreiben. Die Aachener Arbeiterschaft hat alles Interesse daran, die Einigkeit hoch zu halten. Nur Einigkeit kann zum Siege führen. Sie wird sich die sozialdemokratische Hetze schon merken. Ein Glück, dass die paar Mann in Aachen zu wenige sind, um etwas zu verderben. Wenn sich die christlich organisierten nicht verbetzen lassen und einig bleiben, dann wird ihnen die sozialdemokratische Mache den Erfolg des Kampfes nicht vereiteln.

Bezirk Nordhagen.

Weiden, den 19. Mai 1907. Endlich ist es den Zimmerern und Sägern gelungen, die inszenierte Lohnbewegung durchzuführen. Schon einigemale wurden christliche Verbände für Holzarbeiter gegründet, aber jedesmal gingen sie wieder durch die Interessenlosigkeit der Mitglieder in die Brüche. Nachdem aber voriges Jahr die Zimmerer und Säger den Wert der Organisation durch die Lohnbewegung der Maurer kennen gelernt hatten, schlossen sich dieselben dem christlichen Bauhandwerker- und Bauhilfsarbeiterverband an, und schon nach kurzer Zugehörigkeit setzte der Verband für uns ein. Durch festes Zusammenwirken der Zimmerer und Säger sowie unter der Leitung unseres Bezirksvorstandes, Kollegen Sommer, gelang es nach vierstündiger Unterhandlung mit den Arbeitgebern folgenden Vertrag abzuschließen. 1. 10stündige Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit 2 Stunden Pausen; an den Samstagen ist um 5 Uhr, an den Vorabenden vor den hohen Festen um 4 Uhr Feierabend, jedoch ohne Lohnabzug, unter Wegfall der Nachmittags-Beisepause. 2. Der Lohn steigt ab 1. April 1907 für Zimmerer, Säger und deren Hilfsarbeiter um 4 Pf. pro Stunde. Werden Ueberstunden verlangt, so werden dieselben mit 25 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 40 Proz. Zuschlag bezahlt. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh. Für Ueberstunden, welche weiter als 5 Kilom. von der Stadt entfernt ist, ist ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde, sowie das einmalige Jahresgeld hin und zurück zu vergüten. Die Lohnunterstützung erfolgt nach dem am 1. April bezahlten Löhnen, und erkennen die Arbeitgeber gegenseitig ihre Lohnlisten an. 3. Kündigung ist gegenseitig ausgeschlossen. 4. Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation darf nicht stattfinden. 5. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. April 1908 mit einmonatlicher Kündigung. Dieses ist gewiss ein schöner Erfolg und haben wir dieses erreicht ohne Kampf, auf friedlichem Wege. Hier hat sich so recht wieder der Nutzen einer starken Organisation gezeigt. Darum Kollegen von Weiden, haltet stets die christliche Organisation hoch und tretet immer für dieselbe ein, dann werden wir auch in späterer Zeit wieder in der Lage sein, abermals für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse Verbesserungen einzuführen.

Der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“.

Am 18. Mai ist in Hamburg der Bund vaterländischer Arbeitervereine mit 37 „reichstreu“ Arbeitervereinen und circa 7000 Mitgliedern gegründet worden. Die Ver-

handlungen eröffnete Schaper (Hamburg). Er bezeichnete in seiner Einleitung die Sozialdemokratie als den Hauptfeind, gegen den angeämpft werden müsse. Zu bedauern sei, daß die geplante Gründung Misstrauen bei Arbeiterberufsvereinen hervorgerufen habe, die auch ihre patriotische Gesinnung betonen, und gleich ihnen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern wollten. Wegen dieser Organisationen werde man friedfertig sein, nicht aus Furcht, sondern weil die Sache zu hochstände. Ueber allem stehe die Treue zu Kaiser und Reich.

Das einleitende Referat hielt Gustav Ermert, Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er stellte folgende Grundsätze auf:

1. Der Bund vaterländischer Arbeitervereine hat die Bestimmung, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Männer, die zu Unternehmern oder Unternehmungen in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen, ohne Unterschied ihrer kirchlichen oder parteipolitischen Stellung zum Kampfe gegen die politisch wie wirtschaftlich irreführende Sozialdemokratie zu vereinigen. In diesem Sinne betrachtet es der Bund als seine besondere Aufgabe, die Bestrebungen der Arbeitnehmer auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen, aber im ausdrücklichen Gegensatz zu der Lehre vom Klassenhaß und Klassenkampf. 2. Der Zweck des Bundes ist die sittliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Hebung der Lage aller Arbeitnehmer. 3. Der Bund schließt die Erörterung von tatsächlichen und parteilichen Fragen aus, wohl aber beschäftigt er sich mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, namentlich insofern sie die Verhältnisse der Arbeitnehmer betreffen. 4. Insbesondere besteht der Bund: a) ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und zu erhalten, b) etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Möglichkeit auf dem Wege friedlicher Verhandlung und ohne Arbeitseinstellung zum Austrag zu bringen, c) dem sozialdemokratischen Terrorismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete tatkräftig entgegenzutreten. 5. Der Bund wird bestrebt sein und in dieser Sinne auch auf seine einzelnen Vereine einwirken, daß sie... Gegenüber zu anderen nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen vermeiden werde, vielmehr soll eine Gemeinsamkeit von Fall zu Fall in Rat und Tat erstrebt werden.

Bei Begründung des Verbandsstatuts führte Ermert u. a. aus, daß, wenn unter Verwendung der bisherigen Arbeitertaktik die beiden Teile nur voneinander verlangen, was gut und gerecht ist (wer bestimmt das? D. Red.), dann könne der Bruderstreit zwischen Kapital und Arbeit begraben werden. Der Streik könne in Zukunft als Kampfmittel ausgeschaltet werden (???). Als in der Diskussion laut wurde, daß der Streik wohl nicht ganz ausgeschaltet werden könne, ja daß er unter Umständen sogar notwendig wäre, erklärte Ermert, daß er mit voller Uebicht den Streik ausgeschlossen habe. Der Streik sei nur ein Auswuchs der sozialdemokratischen Klassenkampftheorie. Er wolle nicht Arbeiter- und Unternehmerorganisation verschmelzen, erkläre aber seine Idealaufgabe darin, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenzubringen.

Daraus ist zu erkennen, welche Geistes Kind die neue Gründung ist. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist der Vater des Ganzen.

Der neue Bund sandte an den Kaiser folgendes Telegramm:

Eurer Majestät huldtig in deutscher Treue der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der soeben von 37 Arbeitervereinen aus allen deutschen Gauen begründet worden ist zur Wahrung der Interessen aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeitnehmer.

Ebenso an den Reichskanzler Fürst Bülow:

Eurer Durchlaucht sendet ephrebitigen Gruß der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der soeben von 37 Arbeitervereinen aus allen deutschen Gauen begründet worden ist zu Schutz und Förderung der Interessen aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeitnehmer unter Bekämpfung der Irrlehren der Sozialdemokratie und ihres Terrorismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete.

Darauf gingen folgende Antworten ein:

Neues Palais, 19. Mai 1907.

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben Allerhöchstdinglich über den treuen Gruß des neubegründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine gefreut und lassen vielmals danken. Seine Majestät wünschen dem Bunde ein fruchtbares Blühen und Gedeihen in Treue zu Kaiser und Reich, zum Segen der deutschen Arbeiterschaft und des Vaterlandes.

Auf Allerhöchster Befehl

der Geh. Kabinettsrat v. Lucanus.

Berlin, 19. Mai 1907.

Die Begrüßung des neubegründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine hat mich aufrichtig erfreut. Ich erwiedere sie auf das herzlichste. Möchte es Ihrer Organisation gelingen, dazu mitzuwirken, daß denjenigen deutschen Arbeitern ein starker Halt geboten werde, welche auf die geistigen und sittlichen Güter nicht verzichten wollen, die Gott und Vaterland dem Menschen bieten.

Reichskanzler v. Bülow.

Ob das im Interesse der gesamten nationalen Arbeiterschaft liegt? Wir bezweifeln es. Für die wirtschaftliche Interessenvertretung bedürfte es keiner Gründung eines weiteren „nationalen“ Verbandes, diese sind in hinreichender Zahl vorhanden und ist jede weitere Zersplitterung von Schaden. Und jede Protektion dieser Richtung muß verbitternd wirken. Unjomehr noch, wenn die neue Gründung sich in erhöhtem Maße als arbeiterschädigend erweisen sollte. Das wäre geeignet, weite Kreise nationaler Arbeiter abzustößen.

Ob der Reichskanzler über die Pläne dieser Männer nicht unterrichtet ist?

Die Gründung kann auch durch die Männer, welche an der Spitze stehen, nicht gewinnen. Von Schaper wird gesagt, daß er bereits als Streikbrecheragent fungiert habe. Und Ermert? In seinem Heimatort bei Eiserfeld im Siegerland wurde er als Konsumvereinsbeamter plötzlich abgesetzt. Wie verschiedene Blätter behaupteten, habe er von der sterbenden Firma Proovision verlangt. Ermert hat gegen den Vorwurf keine Klage erhoben. Ferner hat er als Mitglied des christlichen Bergarbeiterverbandes in dem damaligen Streit zwischen dem Vorsitzenden des Siegerländischen christlichen Arbeitervereins, Herrn Breidebad, und dem Vorsitzenden des christlichen Bergarbeiterverbandes, Dr. Bruff, das letzteren kompromittierende Material an den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband ausgeliefert. Er hat außerdem den damaligen Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“, jetzt an dem Bochumer sozialdem. „Volksblatt“, in seiner Wohnung empfangen und beherbergt. Die sozialdem. „Bergarbeiterzeitung“ behauptete soar, Ermert habe von dem Bergarbeiterverband 10 000

